

Nr. 18/231 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Beteiligung benötigt Zugang – öffentliches Internet auch in Bremen?
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. November 2012
(Drucksache 18/240 S)

Nr. 18/232 S

Fragestunde

1. Stadtteil ohne Schularzt
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. November 2012
2. Schuppen 3 aus dem Bestand entwickeln, Kreative in der Überseestadt stützen
Anfrage der Abgeordneten Carsten Werner, Ralph Saxe, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. November 2012
3. Bremen im Web 2.0
Anfrage der Abgeordneten Elisabeth Motschmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. November 2012
4. Neues WiN-Gebiet George-Albrecht-Straße
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Claas Rohmeyer, Jörg Kastendiek, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. November 2012
5. Engpässe bei der Postzustellung in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 27. November 2012
6. Umbau des Huchtinger Bürger- und Sozialzentrums
Anfrage der Abgeordneten Peter Erlanson, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 27. November 2012
7. U3-Betreuungsangebot in Blumenthal
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 3. Dezember 2012
8. Beratervertrag bei der Weserburg
Anfrage der Abgeordneten Elisabeth Motschmann, Claas Rohmeyer, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. Dezember 2012
9. Aussetzung der Einrichtung der gebundenen Ganztagschule Pfälzer Weg
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 5. Dezember 2012

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 18/233 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 18/234 S

Den Bremer Westen sozial und städtebaulich weiterentwickeln!

Mitteilung des Senats vom 30. Oktober 2012
(Drucksache 18/237 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/235 S

Konzept zur Neuordnung von Persönlichen Assistenzen an Schulen umgehend vorlegen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. November 2012
(Drucksache 18/238 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/236 S

Bremens Partnerstadt Riga als Kulturhauptstadt Europas unterstützen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. November 2012
(Drucksache 18/241 S)

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Stadtbürgerschaft begrüßt, dass Riga im Jahr 2014 den Titel Kulturhauptstadt Europas tragen wird und sieht darin eine herausgehobene Gelegenheit, die Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Riga neu zu beleben und zu vertiefen.
2. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, Vorschläge für einen Austausch von Projekten und Initiativen der Kultur, der kulturellen Bildung, der Stadtentwicklung und Stadtgeschichte zwischen Bremen und Riga anlässlich des Kulturhauptstadtjahres zu machen. Dabei sollen auch bestehende Projekte und Programme des internationalen Austausches sowie bestehende Verbindungen nach Riga genutzt sowie private Initiativen und insbesondere junge Menschen einbezogen werden.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf zu prüfen, wie die Teilnahme bremischer Künstlerinnen und Künstler sowie bremischer Kultureinrichtungen und Institutionen an Programmen im Rahmen des Kulturhauptstadtjahres Rigas stattfinden und unterstützt werden kann.
4. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, dem Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit sowie der städtischen Deputation für Kultur bis Frühjahr 2013 hierzu zu berichten.

Nr. 18/237 S

Rechtsanspruch auf U3-Betreuung endlich bedarfsgerecht umsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2012
(Neufassung der Drucksache 18/243 S vom 13. November 2012)
(Drucksache 18/264 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/238 S

Zukunft der Wohnungslosenpolitik in Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. November 2012
(Drucksache 18/248 S)

- I. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, der Stadtbürgerschaft bis Ende April 2013 ein Konzept dazu vorzulegen, wie Wohnungslosigkeit in Bremen möglichst wirksam verhindert oder abgebaut werden kann. Dieses Konzept soll insbesondere Aussagen beinhalten zu
 1. der Überwindung von Wohnungsknappheit im kostengünstigeren Segment und zur Reduzierung von Wartezeiten für Kleinwohnungen unterhalb der Mietobergrenze sowie dazu, wie das Angebot an kleinen preisgünstigen Wohnungen und Sozialwohnungen insbesondere für Ein- und Zweipersonenhaushalte erhöht werden kann.
 2. der Frage, wie die Zahl der in Notunterkünften und in institutionellen Sonderwohnformen (Übergangsheime, stationäre Unterbringungsformen, konzentrierte Wohnunterbringung) untergebrachten Männer und Frauen verstärkt abgebaut und stattdessen Hilfen sowohl zur Wohnungssicherung und Prävention als auch für ausreichende und bedarfsgerechte Wohnbegleitung in normalem Wohnraum und hausgemeinschaftlichen Wohnformen dezentral bereitgestellt werden können.
 3. der Frage, wie zukünftig der Zugang zu Normalwohnraum für Wohnungsnotstandsfälle der Dringlichkeitsstufen 1 und 2 verbessert und wie sichergestellt werden kann, dass wohnungslose Frauen und Männer (u. a. Alleinstehende ohne Unterkunft, Substituierte, psychisch kranke Wohnungslose) nach der intensiv wohnbegleitenden Hilfe in normalem Wohnraum verbleiben können, ohne dass nach Ablauf der Maßnahme ein Wohnwechsel nötig wird.
 4. der Frage, wie und an welchen Stellen das in Bremen eingeführte integrierte Gesamthilfesystem weiter verbessert werden kann.
 5. der Weiterentwicklung der derzeit vorhandenen Angebote zur Unterbringung, Tagesstrukturierung, Beratung zu Fragen der Arbeit, psychischer Erkrankung und/oder Suchterkrankungen (auch Mehrfachabhängige), medizinischen Versorgung, Begegnung und Dienstleistung für wohnungslose Frauen und Männer.
 6. den weiteren Maßnahmen, die notwendig sind, um ein Anwachsen der Wohnungslosigkeit junger Frauen und Männer unter 25 Jahren zu verhindern.
 7. der Verbesserung der Datengrundlage, um statistisch gesicherte Erkenntnisse zu erhalten
 - a) zur Verhinderung von Wohnungsverlusten, insbesondere Daten über drohende Räumungsklagen und Zwangsräumungen und darüber, wie häufig es gelingt, diese durch präventive Maßnahmen (Mietschuldenübernahme, Beratung) abzuwenden, und
 - b) über die Vermittlung von Wohnraum, insbesondere über die Zahl der wohnungslosen Menschen, über die tatsächliche Zahl der insbesondere über die Zentrale Fachstelle Wohnen (ZFW) an diese Menschen vermittelten Normalwohnungen und hausgemeinschaftlichen Wohnformen (differenziert nach Dringlichkeitsstufen 1 und 2), die Anzahl der Ablehnungen und der hierfür maßgeblichen Gründe.
 8. der Überprüfung und gegebenenfalls Verbesserung des derzeitigen Verfahrens zur Feststellung, wer von den wohnungslosen Frauen und Männern nach dem Wohnungsnotstandsvertrag die Dringlichkeitsstufe 1 oder 2 erhält, zur Rechtsgrundlage und/oder zu den Kriterien, ab wann wohnungslose und psychisch kranke und/oder suchtkranke Frauen und Männer (nach Dringlichkeitsstufe 1) in der Lage sind, einen eigenen Haushalt zu führen.

- II. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, seinen Einfluss bei Wohnungsbau- und Wohnungsverwaltungsgesellschaften geltend zu machen, um das Angebot an Normalwohnraum im Bestand für Ein- und Zweipersonenhaushalte in Bremen, insbesondere für Zielgruppen, die am Wohnungsmarkt benachteiligt sind, zu erhöhen.

Nr. 18/239 S

Prävention von Wohnungslosigkeit und Weiterentwicklung der Angebote für Wohnungslose

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2012
(Drucksache 18/265 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/240 S

Menschenwürdiges Existenzminimum für alle – Sanktionierung von Beziehenden/Bezieher von Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bremen stoppen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 16. November 2012
(Drucksache 18/249 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/241 S

Geschäftsbericht zum doppelten Jahresabschluss 31. Dezember 2011

Mitteilung des Senats vom 20. November 2012
(Drucksache 18/255 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/242 S

Ortsgesetz über Kraftfahrzeugstellplätze und Fahrradabstellplätze in der Stadtgemeinde Bremen (Stellplatzortsgesetz Bremen – StellplOG)

Mitteilung des Senats vom 27. November 2012
(Drucksache 18/258 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 18/243 S

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 14 vom 5. Dezember 2012

(Drucksache 18/260 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/244 S

Vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Dezember 2012
(Drucksache 18/261 S)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. umgehend die Stelle einer Quartiersmanagerin bzw. eines Quartiersmanagers zur Vernetzung der sozialen und sozialpädagogischen Angebote für die Bewohnerinnen und Bewohner der George-Albrecht-Straße und der umliegenden Straßen im Ortsteil Blumenthal zu schaffen,
2. über die vorgelegte Planung zum Ausbau der U3-Kindertagesbetreuung in Blumenthal hinaus weitere Betreuungsplätze in unmittelbarer Nähe der George-Albrecht-Straße anzubieten,
3. einen Quartierstreffpunkt im Umfeld der George-Albrecht-Straße einzurichten, der den Bewohnerinnen und Bewohnern als Anlauf- und Austauschstelle dient, Beratungsleistungen bietet, nach Möglichkeit Raum für soziale Projekte und (Bildungs-)Angebote schafft sowie Sitz des Quartiersmanagements ist,
4. Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler als weitere Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner einzusetzen,
5. eine regelmäßige Sprechstunde des Kontaktpolizisten im Quartierstreffpunkt anzubieten,
6. sicherzustellen, dass die gegenwärtigen Maßnahmen der durch die Polizei in Blumenthal gegen jugendliche Intensivtäter eingesetzten flexiblen Ermittlungsgruppe optimal mit der Justiz abgestimmt und bei Bedarf weitere Maßnahmen nachgesteuert werden,
7. eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Ressorts Soziales, Arbeit, Bau, Inneres sowie der Senatskanzlei einzurichten, die gemeinsam mit dem Quartiersmanagement ein Konzept für die George-Albrecht-Straße und das Umfeld erarbeitet und die dabei Folgendes berücksichtigt:
 - a) spezifische arbeitsmarkt- bzw. beschäftigungspolitische Maßnahmen und Bildungsangebote, die den Bewohnerinnen und Bewohnern eine bessere Erwerbsperspektive eröffnen,
 - b) eine Strategie, wie das Quartier im Umfeld der George-Albrecht-Straße in die WiN-Förderung integriert werden kann, gegebenenfalls eine ähnliche Förderung zu konzipieren,
 - c) städtebauliche Maßnahmen, die die Wohn-, Sicherheits- und Lebensqualität in dem Quartier verbessern,
 - d) eine Stabilisierung der ausländerrechtlichen Aufenthaltssituation von Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers,
 - e) inwieweit im Rahmen des Projekts „Stopp der Jugendgewalt“ weitere Maßnahmen in Blumenthal realisiert werden können.
8. der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend, der städtischen Deputation für Inneres und Sport, der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte – beginnend im Frühjahr 2013 – halbjährlich zu berichten.

Nr. 18/245 S

„Nette Toilette“ möglichst barrierefrei!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 11. Dezember 2012
(Drucksache 18/266 S)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. Bedingungen festzulegen, unter denen Zuschüsse zu Umbauten bewilligt werden, mit denen beantragte „Nette Toiletten“ barrierearm oder barrierefrei gestaltet werden können,
2. diese Zuschussmöglichkeiten in geeigneter Weise bekannt zu machen,
3. Antragstellende bei einem Antrag auf Einrichtung einer „Netten Toilette“ auf diese Zuschussmöglichkeiten sowie auf die Möglichkeit zur fachkundigen Beratung durch kom.fort e. V. hinzuweisen,

4. für eine regional ausgewogene örtliche Verteilung von öffentlich zugänglichen barrierefreien Toiletten Sorge zu tragen,
5. im Internet für eine vereinfachte Auffindbarkeit der öffentlich zugänglichen barrierefreien Toiletten zu sorgen, und ihre Standorte auch in Faltblättern bekannt zu machen.

Nr. 18/246 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Keine Schließung des Goosebades in Gröpelingen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 6. Dezember 2012

(Drucksache 18/262 S)

